



Darmstadt, 06. November 2008

Pressemitteilung

3. Integrationsgipfel im Kanzleramt Kohärente Integrationspolitik erforderlich - Gesetzgebung behindert Integration

Anlässlich des heutigen 3. Integrationsgipfels im Bundeskanzleramt fordert der Interkulturelle Rat von der Großen Koalition eine kohärente Integrationspolitik und die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen. „Integration braucht Chancengleichheit, Gleichbehandlung und das Recht auf gesellschaftliche und politische Teilhabe“, erklärte Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Interkulturellen Rates.

Es sei zu begrüßen, dass die Bundesregierung mit dem Integrationsgipfel Staat und Zivilgesellschaft an einen Tisch gebracht und Integrationspolitik zu einer Querschnittsaufgabe erklärt habe. Selbstverpflichtungen, wie sie im Nationalen Integrationsplan festgeschrieben worden seien, reichten jedoch nicht aus.

„Die Große Koalition hat in dieser Legislaturperiode mit Gesetzesänderungen neue Hürden auf dem Weg zur Einbürgerung errichtet und den Familiennachzug massiv erschwert. In der Folge sind die Einbürgerungszahlen erneut gesunken und konnten noch weniger Migrantinnen und Migranten ihre Familieneinheit in Deutschland herstellen. Beides verhindert Integration“, so Jäger.

Die Bundesregierung habe es zudem unterlassen, im Staatsangehörigkeitsrecht den Missstand des Optionszwangs zu beseitigen und volljährig werdenden Kindern rechtmäßig hier lebender Ausländer Wege zur Beibehaltung der doppelten Staatsbürgerschaft zu eröffnen. Trotz eines im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Prüfungsauftrag sei man auch bei der Frage des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatler keinen Schritt vorangekommen.

„Glaubwürdige Integrationspolitik kann nicht bei Integrationsgipfeln und Integrationsplänen Halt machen. Sie muss ihren Niederschlag in der konkreten Gesetzgebung finden. Da stehen die Signale der Großen Koalition eher auf rot als auf grün“, so Jäger abschließend.